

oberschlesischen Bergbauvereins in die Hände, durch das den Mitgliedern von einer Vorstandssitzung Kenntnis gegeben wurde, die sich u. a. mit den Bestrebungen zur gewerkschaftlichen Organisation der Techniker beschäftigte. Dazu wurde bemerkt: »Mehrere Verwaltungen haben ... bereits ihre Beamten angewiesen, solchen Gewerkschaften nicht beizutreten oder wieder auszutreten, wenn sie schon Mitglieder waren. Der Vorstand hielt dieses Vorgehen für durchaus zweckmäßig und hat uns beauftragt, auch hiervon den geehrten Verwaltungen mit dem Anheimstellen Kenntnis zu geben, auch ihrerseits darnach verfahren zu wollen.«

Ein Mannheimer Kaufmann engagierte im August vorigen Jahres einen Handlungsgehilfen mit dem Bemerkten, daß er aber den Nachweis, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband nicht anzugehören, erbringen müsse. Derselbe Unternehmer, der Stadtverordneter und ein führender Linksliberaler ist, betonte zwei Monate später in einer öffentlichen Rede im Brustton der Überzeugung: »Wir fordern für den Arbeiter ein ausgedehntes Koalitionsrecht, um bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen.« Auch ein Beweis, was die Arbeiterschaft von den liberalen Maulhelden zu erwarten hat!

Um sich gegen organisierte Arbeiter hermetisch abzuschließen, zwingt man die Lohnsklaven ferner in vielen Fällen zur Unterzeichnung eines Reverses. So glaubte sich erst kürzlich die Rastatter Waggonfabrik gegen ihre Arbeiter, die angeblich »immer frecher« wurden, nicht anders helfen zu können, als das Koalitionsrecht durch einen Revers aufzuheben, der folgenden Wortlaut hat: »Wir unterzeichneten Arbeiter erklären hiermit wahrheitsgemäß, daß wir keiner Organisation angehören und daß wir an ausgesperrte oder ausständige Arbeiter keine Unterstützung zahlen oder zahlen werden. Wir wissen, daß wir etwaige Folgen voll und ganz zu tragen haben.«

Diesen Beispielen von gegen die Arbeiter und ihre Organisationen gerichtetem Unternehmerterrorismus ließen sich noch viele andere angliedern. Die kurze Blütenlese wird aber genügen. Erinnern wollen wir nur noch an die terroristischen Maßnahmen, mit denen der Schutzverband die Lehrlinge und in vielen Fällen auch einzelne Gehilfen in die gelbe Quertreiberorganisation zu zwingen versuchte. Viel Lorbeeren hat er dabei allerdings nicht geerntet.

Der Terrorismus, durch den das Unternehmertum endlich das gesamte politische und öffentliche Leben seinen Wünschen gefügig zu machen sucht, trägt dazu bei, daß die Gesellschaft, die jeden scheinbaren Uebergriff der Arbeiter durch ihre Machtmittel, durch Polizei und Justiz, mit außerordentlicher Strenge ahndet, jeden wirklichen und offensichtlichen Fall brutaler Schreckensherrschaft des Unternehmertums äußerst milde beurteilt oder gänzlich straffrei läßt. Der § 153 der Gewerbeordnung wird zwar sofort dem dagegen verstoßenden Arbeiter wie eine Schlinge fest um den Hals geschnürt, aber dem ihn bewußt und frech verletzenden Unternehmer wird er dank der Nachsicht der Polizei und der Gerichte nur höchst selten zum Verhängnis.

Der erste Fall der Verurteilung eines Unternehmers auf Grund des § 153 ereignete sich erst im vorigen Jahre. Er betraf den Obermeister Schmidt von der Berliner Bäckerinnung, der wegen Bedrohung und Nötigung eine kleine Gefängnisstrafe erhielt. Inzwischen sind allerdings einige weitere Verurteilungen vorgekommen.

So erhielt der Obermeister Ruppert von der Altonaer Stellmacherinnung im Januar d. J. ganze 5 Tage Gefängnis, weil er von einer Firma gefordert hatte, auf einen für sie arbeitenden Meister dahin einzuwirken, daß er die Arbeiter, deren Forderungen gegen den Willen der Innung von ihm bewilligt worden waren, wieder entlassen solle. Geschähe das nicht, dann würde kein Stellmachermeister von Hamburg-Altona mehr Artikel von der Firma beziehen. Auch würde er die Angelegenheit auf

dem Verbandstage in Berlin zur Sprache bringen, was zur Boykottierung der Artikel führen würde. Die Berufungsinstanz bestätigte das gegen Ruppert gefällte Urteil.

Ferner erhielt im März d. J. der »demokratische« Stadtverordnete und Vorsitzende des Verbandes der Fleischermeister Deutschlands Karl Marx wegen Bedrohung und Nötigung einen vollen Tag Gefängnis; die gleiche Strafe traf seinen Sekretär. Die beiden waren nach Karlsruhe gefahren, um auf dortige Metzgermeister, die die Forderungen der organisierten Gehilfen zum Teil erfüllten hatten, einzuwirken, daß sie ihre Zugeständnisse wieder zurückziehen sollten. Als die beiden »Demokraten« dieses Ziel nicht ohne weiteres zu erreichen vermochten, schrieben sie Denunziationsbriefe an Krankenhäuser, Armeekantinen, patriotische Wirtshäuser usw., um den Meistern, die bewilligt hatten, die Kundschaft abzutreiben. Sie machten das so offen und auffällig, daß sich die Staatsanwaltschaft schließlich auch darum kümmern mußte.

Weitere derartige Verurteilungen von Unternehmern sind uns nicht bekannt geworden. Das ist nicht ein Beweis für das seltene Vorkommen von Verfehlungen, sondern für die Milde und Nachsicht unserer Behörden, sobald es sich um Unternehmersünden handelt. Davon liefert ja auch das außerordentlich niedrige Strafmaß einen Beweis, mit dem man die gegen Arbeiter gefällten Schreckensurteile vergleichen möge. Welche Strafe würde wohl ein Arbeiter erhalten haben, der sich die geschilderten krassen Terrorismusfälle zu schulden kommen ließ, die von Unternehmern verübt eine Sühne von ein bis fünf Tagen Gefängnis fanden! Unter einigen Wochen oder Monaten würde es da schwerlich abgegangen sein. Der Grundsatz: »Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert!« war natürlich von vornherein nicht auf die terroristischen Gewaltmenschen im Unternehmerlager gemünzt, die durch die brutale Ausübung ihrer Schreckensherrschaft über das ganze Volk schließlich auch Behörden, Polizei und Gerichte so eingeschüchtert haben, daß man nichts Ernstliches gegen sie zu unternehmen wagt.

Rundschau.

Lehrlingszüchterei und Lohndrückerel. Welchen Zweck die Lehrlinge zu erfüllen haben, plauderte ein Schutzverbänder in einem Sprechsaalartikel eines Kreisblattes einer mittleren Druckstadt offenerherzig aus. Um Lehrlinge zu gewinnen, malte er die beruflichen Verhältnisse im rosigen Lichte. Dann ließ er die Gehilfen- und Lehrlingszahl in seinem Geschäft aufmarschieren, und zu der für ihn bedauerlichen Tatsache, daß die Lehrlingszahl gegen frühere Jahre zurückging, bemerkte er in der Hitze des Gefechts: »Unter solchen Umständen ist es selbstverständlich, daß die Löhne in den letzten Jahren sehr gestiegen sind.« Das ist zwar stark übertrieben, aber für uns ist das Eingeständnis interessant, daß die Lehrlingszüchterei gleichbedeutend mit der Niederhaltung des Lohnniveaus ist. Daher sehnt man sich nach der alten Massenzüchtung von Lehrlingen, um dadurch gleichzeitig auch zu den alten Hungerlöhnen zurückzukommen. Das ist die schönste Illustration dafür, in welchem Sinne z. B. die Lichtdruckunternehmer eine Verbesserung der Skala als materielles Zugeständnis betrachten.

Bergarbeiterbewegung. Die in der vorigen Nummer mitgeteilten Forderungen der Bergarbeiter wurden durch den Zechenverband abgelehnt. Grundsätzlich hält er an der bisher verfochtenen Auffassung fest, daß er es ablehnt, die Organisationen der Bergleute als verhandlungsfähige Instanz anzuerkennen. Er vertritt nach wie vor die Meinung, daß Fragen des Lohnes und der sonstigen Arbeitsverhältnisse die einzelnen Belegschaften mit den einzelnen Zechen zu verhandeln haben. Auch die Bergwerksdirektion für das Ruhrgebiet hat die Bergarbeiterforderungen von denselben Gesichtspunkten aus abgelehnt.

Ein gesetzliches Verbot des Streikpostens. stehe forderte kürzlich in der »Deutschen Juristenzeitung« ein Senatspräsident namens Kofka. Dieser Herr sieht noch immer in den Arbeitswilligen, »den Fleißigen und Billigen«, seine Lämmer, die kein Wasserchen trüben, in den organisierten aberreißenden Wölfe. Doch diese alte sozialpolitische Kinderfabel wird gegenüber dem Tatbestande des Moabiter Krawallprozesses nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Man wird vielmehr zwischen Arbeitswilligen und Arbeitswilligen unterscheiden müssen. Auf der einen Seite steht der ältere, immer mehr aussterbende Typ des hergelaufenen armen Teufels, der aus Un-

wissenheit oder verzweifelter Not seinen streikenden Kameraden in den Rücken fällt und der bei entsprechender Aufklärung und Hilfeleistung sehr bald bereit sein wird, seinen Fehler wieder gut zu machen. Auf der andern Seite steht der moderne Streikbrecher, der Streikbrecher aus Beruf und Prinzip, der in seinem Handwerke sehr wenig Bescheid weiß, desto besser aber versteht, den Knüttel und den Revolver zu führen. Diese Mietlingsbanden, die überall einfallen, wo durch Streik Arbeitsplätze frei werden, können zwar den Betrieb nicht aufrecht erhalten, dafür suchen sie die Streikenden einzuschüchtern, indem sie Krawalle inszenieren und das Einschreiten der Behörden heraufordern, die dann prompt gegen die Arbeiter Partei ergreifen.

Eine neue Zuchthausvorlage gegen die Arbeiter fordert neben der »Konservativen Korrespondenz«, der »Kreuz-Zeitung«, der »Deutschen Tageszeitung« und ähnlichem scharfmacherischen Gellichter auch der »Zentralverband deutscher Industrieller«, der bereits durch seine Agitation für die vorige Zuchthausvorlage rühmlichst hervorgetreten ist. Am 9. Dezember hielt er im Hotel Adlon in Berlin seine Delegiertenversammlung ab, in der der am 1. Januar 1911 in den Ruhestand tretende Generalsekretär Bueck seine Abschiedsrede hielt. Darin führte er u. a. folgendes aus: »Noch im vorigen Jahre habe ich in der Versammlung der Arbeitgeberverbände der Zuversicht Ausdruck geben können, daß selbst die mächtigsten Gewerkschaften den vereinigten Arbeitgeberverbänden und ihrem Kapital nicht widerstehen könnten. Diese Zuversicht habe ich heute nicht mehr! Denn die Bestrebungen der Sozialdemokratie haben in meinen Augen ihren utopistischen Charakter verloren und nähern sich immer mehr der Wirklichkeit. Es waren namentlich die drei großen wirtschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres, die so depressierend auf meine Meinung gewirkt haben. Im Baugewerbe kam schließlich ein Kompromiß zustande, das aber in der Hauptsache als Niederlage der Arbeitgeber zu bezeichnen ist. ... Auch der Streik der Werftarbeiter und der Straßenbahnerstreik in Bremen endeten mit einer Niederlage der Arbeitgeber. Die mustergültig geleiteten Organisationen der Arbeiter haben sich zu einer furchtbaren Waffe entwickelt. Mit Aussperrungen drohen, damit wir nichts erreicht, darüber lachen die Leute bloß. Kleine Aussperrungen von 30000 bis 40000 Mann werden auch von den mächtigen Gewerkschaften mit Leichtigkeit getragen. Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative: zunächst unter Ueberwindung der aus kleinlichen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie sich fest zusammenzuschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen, und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten, das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht —, oder sich unter die Herrschaft der Gewerkschaften, der Hetzer und Aufwürger zu beugen und nach ihrer Pfeife zu tanzen. Wenn das aber erst eintritt, dann wird die Sozialdemokratie die erste Etappe auf dem Wege zu ihrem Ziele erreicht haben.« Dann wird bedauert, daß die verbündeten Regierungen und die höchste Person der Annahme seien, die bestehenden Gesetze reichten bei genügender Handhabung zum Kampfe gegen die Arbeiterbewegung aus. Diese Auffassung wird natürlich scharf bekämpft und auf die Notwendigkeit einer neuen Zuchthausvorlage hingewiesen. Bueck schloß seine Rede wie folgt: »Alle diese Verhältnisse haben ihr Direktorium veranlaßt, das Odium auf sich zu nehmen und in einer Eingabe zur Novelle zur Strafprozessordnung schwerere Strafen gegen die Untaten der Sozialdemokratie zu fordern. Wenn es unmöglich ist, solche Gesetze durchzubringen, dann möge die Regierung alle Mittel anwenden, um zu sehen, ob nicht der Reichstag gefügig zu machen ist.« Unter dem Beifall der Schloßbarone proklamierte Bueck also offen die völlige Niederzwingung und Vernichtung der Gewerkschaften, die gänzliche Aufhebung des Koalitionsrechts und richtete an die Regierung die kategorische Forderung, alle Mittel anzuwenden, um den Reichstag zur Annahme einer verbesserten Neuaufgabe der bekannten Zuchthausvorlage zu zwingen. Der Arbeiter, der diesem Treiben noch tatlos und stumpfsinnig zusehen kann, ist nichts anderes wert, als die Fesseln, die er trägt; er verdient es, daß er statt mit Geißeln mit Skorpionen gequält wird. Die Arbeiter aber, die sich ihrer Menschenwürde bewußt geworden sind, werden sich mit allen Mitteln gegen alle weiteren Knebelungsversuche zur Wehr setzen, koste es was es wolle.

Aus dem Auslande.

Argerika. (Beschränkung der Einwanderung.) In einem vierzigtägigen Bericht erklärt eine vor drei Jahren eingesetzte Einwanderungskommission dem Kongresse der Vereinigten Staaten, daß die Einwanderung eine Benachteiligung des amerikanischen Arbeiters sei. Darum wird Ausschluß unverheirateter und ungelernter Arbeiter, ferner die Zurückweisung von Analphabeten verlangt. Daran kann man wieder einmal die Engherzigkeit der »freien« Amerikaner erkennen. Denn mit dem gleichen Rechte könnten ähnliche Maßnahmen in anderen Ländern verlangt werden. Und doch geschieht es nicht, weil eben die Arbeiter dieser Länder, hauptsächlich die Deutschlands, das Recht der Freizügigkeit nicht bloß für sich in Anspruch nehmen

wollen, sondern auch den Arbeitern anderer Länder zugestehen.

England. (Die politischen Rechte der Gewerkschaften.) Wie in Nr. 5 der Gr. Pr. berichtet wurde, hat das Osborne-Urteil die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern für Wahlzwecke und Entschädigung von Abgeordneten untersagt. Von der Arbeiterpartei wurde deshalb die Aufhebung dieses Urteils verlangt. Der Premierminister Asquith hat zunächst Diäten für die Parlamentmitglieder in Aussicht gestellt, wodurch aber die Fraktion keineswegs befriedigt wurde. Nun kündigte Asquith einen neuen Gesetzentwurf an, der den Trade-Unions eine beträchtliche Erweiterung ihrer Rechte zur politischen Betätigung bringt. Danach soll ihnen gestattet sein, in ihre Statuten die Aufbringung eines Fonds für die Aktion im Parlament und den Gemeinden für »Repräsentation« und ähnliche Zwecke aufzunehmen und sich zu diesem Zwecke zusammenzuschließen. Vorausgesetzt wird, daß die Ansicht der Gewerkschaftsmitglieder vorher festgestellt, und kein Mitglied gezwungen wird, zu einem solchen Fonds beizusteuern. Ob durch diesen Entwurf die Arbeiterpartei befriedigt wird, ist einstweilen noch zweifelhaft, trotz deren bekannter Nachgiebigkeit.

Frankreich. Das Schwurgericht in Rouen verurteilte einen Gewerkschaftssekretär zum Tode, weil er in einer Versammlung streikende Werftarbeiter zur Ermordung eines Streikbrechers aufgefordert haben soll, weshalb er als der eigentliche Urheber einer von anderen tatsächlich ausgeführten Tat betrachtet wurde. Er selbst bestreitet diese Beschuldigung entschieden. Den Geschworenen schienen beim Anhören des Urteils Bedenken über ihren Spruch zu kommen. Sie beschloßen, ein Gnadengesuch zu unterzeichnen. Immerhin ist das Urteil charakteristisch für die Erbitterung, die in französischen Bürgerkreisen gegen die Ausschreitungen der syndikalistischen Bewegung herrscht.

Oesterreich. Die k. k. Staatsbahndirektion Villach hat die Ortsgruppe Graz des österreichischen Senefelderbundes als gemeinnützige Arbeitsvermittlungsstelle im Sinne des Eisenbahn-Ministerialerlasses anerkannt und gewährt allen Kollegen, die von dieser Ortsgruppe Arbeit vermittelt erhalten, bei Fahrten über 50 Kilometer in der III. Klasse der Personen- und gemischten Züge die Begünstigung des halben Fahrpreises. Es ist daher erwünscht, daß Anfragen und Mitteilungen an den Grazer Arbeitsvermittler Kollegen Freitag, Graz, Radetzkystr. 5, derartig rechtzeitig erfolgen, daß die Anweisungen für die Fahrpreismäßigungen pünktlich übermittelt werden können.

Schweiz. Achtung, Chemigrafen! Da in der bekannten Firma Mannsadjian & Cie. in Basel, die noch immer gesperrt ist, demnächst einschneidende Veränderungen bevorstehen, werden die Kollegen hauptsächlich im Auslande gut tun, sich die Chemigrafen, die von Basel kommen, etwas näher anzusehen. Weitere Auskunft erteilt die Lithographia Basel.

Ungarn. Die gemeldete Tarifbewegung der ungarischen Kollegen ist mit gutem Erfolge beendet worden. Die Hauptforderung bestand darin, daß an Stelle der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit die 8 stündige verlangt wurde. Nach dem in ungarischen »Senefelder« veröffentlichten Bericht ist indessen die 8 1/4 stündige Arbeitszeit für alle Beschäftigten, also auch für die Hilfsarbeiter erreicht worden. Außerdem konnten für diese auch noch annehmbare Lohnerhöhungen durchgedrückt werden. Der neue Tarif, der auf der ganzen Linie Verbesserungen gebracht haben soll, ist auf acht Jahre abgeschlossen worden. Ohne unangenehme Zwischenfälle ist aber auch diese Bewegung nicht vorübergegangen, denn nach allem scheint es der Kollegschaft in Budapest, wenn auch nur für einen kurzen Moment, an dem unbedingt nötigen Vertrauen zu den leitenden Kollegen gefehlt zu haben, so daß durch undiscipliniertes Verhalten der Gang der Unterhandlungen eine Zeit lang ernstlich gefährdet war.

Wirtschaftliche Monatschau.

Berlin, den 9. Dezember 1910.

Steuerung und Statistiknummern der Regierungen. Das schwankende Ochsenfleisch. Argentinien. Das deutsche Zollausland. Die große Auseinandersetzung im Ruhrgebiet. Das Schlichtungsgericht der Kohlenhändler. Ein staatlicher Kohlenlieferungsvertrag? Die süddeutschen Brauereiverbände und der Verband der Flaschenfabriken.

Selten ist die Verschiedenheit statistischer Ergebnisse deutlicher hervorgetreten, als in den Debatten, die wegen der *Fleischnot* in der Presse, in Versammlungen und auch im Parlament gepflogen worden sind. Die Ziffern, die sich damit begnügen, eine Zusammenstellung der Zahl der vorhandenen Schlachttiere zu sein, haben selbstverständlich nur einen relativen Wert. Es ist ja ein Unterschied, ob ein Ochse 350 oder 280 Kilogramm wiegt. Deswegen ist man zu den statistischen Feststellungen der Zahl der Schlachtungen und der *durchschnittlichen Schlachtgewichte* gekommen. Die Ziffer der ersteren ist aber nicht ganz vollkommen, weil die Hauschlachtungen kaum völlig erfaßt werden können, die letztere ist es noch weniger, weil das Durchschnittsgewicht nicht ein wirkliches, sondern nur ein rechnerisches ist. Wie verschieden dann bewiesen werden kann, welches Fleischquantum pro Kopf der Bevölkerung verbraucht ist, zeigen recht

drastisch eine Anzahl Denkschriften, die sämtlich amtlichen Charakter haben.

Die durchschnittlichen Schlachtgewichte betragen nach einer Denkschrift des Landwirtschaftsrates aus dem Jahre 1906, der Denkschrift zur Finanzreform, einer amtlichen Statistik für das Königreich Sachsen, der Denkschrift des preussischen Landwirtschaftsministeriums aus dem Jahre 1905 und der neuerdings veröffentlichten Arbeit des kaiserlichen Gesundheitsamtes, für *Ochsen 350, 280, 284 und 330 Kilogramm!* Bei *Kähen* wechseln die angenommenen Schlachtgewichte zwischen 250, 220, 230 und 240 Kilogramm. Für *Jungrinder, Kälber, Schafe, Schweine* und *Ziegen* läßt sich dasselbe feststellen. Diese Tatsachen zeigen — überdies nicht zum erstenmal —, daß die amtlichen Statistiken mitunter außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen. An der Hand solcher Ziffernreihen läßt sich natürlich auch alles beweisen; die deutsche Tageszeitung z. B. brachte es als Vertreterin agrarischer Interessen sehr gut fertig statistisch nachzuweisen, daß der Fleischverbrauch und die Viehhaltung sich verbessert habe! Unbehindert durch diese Manipulationen wird der Protest gegen den Fleischwucher immer allgemeiner. Dem Uebel könnte ohne weiteres abgeholfen werden, wenn die Grenzen geöffnet würden. Daran hat aber der agrarische Regierungsklüngel gar kein Interesse. Interessant ist dabei, wie der schwarze Blockbruder, das Zentrum, und seine Zeitungen eine Fleischsteuerung einfach durch Weglegen beseitigen wollen. So brachte die Kölnische Zeitung, das führende Zentrumorgan, jetzt einen Artikel, in dem es vor der *Fleischzufuhr und argentinischem Fleisch* so quasi warnt.

Argentinien ist heute das Land, was die ganze Welt mit Fleisch versorgt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die bis vor wenigen Jahren diese Aufgabe erfüllten, sind jetzt, einmal durch das starke Wachstum der Bevölkerung, zum anderen durch den stärkeren Verbrauch an Weideland zu hochwertigem Ackerboden, nicht mehr in der Lage, den nordamerikanischen heimischen Bedarf selbst zu befriedigen. Die Transportierung von frischem Fleisch hat weitere Fortschritte gemacht; so ist jetzt das Verkältungsverfahren an Stelle der früheren Gefriermethode getreten. Die Versorgung mit dem durchaus guten argentinischen Fleisch hat deswegen für Deutschland kein Hindernis weiter als die im agrarischen Vorteil liegende Grenzsperrung für frisches Einfuhrfleisch. Da die Entwicklung immer deutlicher und rascher dahinstrebt, die Versorgung mit Lebensmitteln wie Fleisch, Getreide, usw. nicht mehr mittels des teuren und kostspieligen zu bebauenden Bodens der Industrieländer erfolgen zu lassen, sondern dazu die unermesslichen Flächen kulturell junger Erdgegenden zu benutzen, so muß gründlich darauf hin gearbeitet werden, die dem feindliche Schutzzoll- und Grenzsperrpolitik zu beseitigen, die im besonderen Deutschland so ausgebildet besitzt.

Die deutsche Kolonialpolitik bietet da auch wieder einen neuen Beweis dafür, wie lächerlich diese Grenzsperrpolitik ist. Es wird immer davon geschwafelt, daß die deutschen Kolonien in absehbarer Zeit Deutschland einmal in bezug auf Kaffee, Baumwolle usw. usw. von anderen Staaten unabhängig machen sollen. Dabei müssen heute die Produkte, die aus unseren Kolonien kommen, denselben Zoll zahlen, wie die Ware, die aus irgend einem fremden Lande eingeführt wird. Unsere Kolonien sind also Zollausland. Irgend eine Preisherabsetzende Wirkung können demnach die von dort kommenden Lebensmittel in Deutschland garnicht ausüben. Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters wird also durch die hunderte von Millionen, die in die Kolonien hinausgewandert sind und noch hinauswandern werden, nur *sehr bedingungsweise* gebessert, solange nicht der widersinnige Schutzzoll zum mindesten den deutschen Kolonien gegenüber beseitigt ist.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise und aller sonstigen Bedürfnisse ist es auch gewesen, die für das Heer der Bergknappen eine *Lohnforderung* gebieterisch notwendig machte. Im besonderen muß dabei festgehalten werden, daß die vereinigten Bergarbeiterorganisationen — von denen nur die Christlichen aus sehr politischen und eigennützigen Motiven nicht mit machten — jetzt nur *Lohnforderungen* gestellt haben. So mancher Interessent spekulierte sofort auf einen Riesenstreik in Rheinland-Westfalen. So liegen die Dinge aber noch lange nicht, vom Moment der Lohnforderung bis zur ultima ratio, dem Streik, ist ein weiter Weg, dazwischen liegen noch so viele Pressionsmittel, die in der Regel erst angewandt werden, daß ohne weiteres gesagt werden kann, die überschlaue Spekulation haben falsch gerechnet. Es wäre jetzt ja auch nicht der günstigste Moment zu einem Streik, da die Kohlenherren, die in den letzten Jahren trotz der schwachen Konjunktur mit vollen Kräften fördern ließen, heute noch so viel Brennmaterialien auf Lager haben, daß sie im besonderen mit aus diesem Grunde die Syndikalpreise für das kommende Jahr etwas herabsetzen mußten. Eine eigentliche Verbilligung ist damit aber nicht eingetreten. Haben es doch die Grubengewaltigen verstanden, trotz der wirtschaftlich ungünstigsten Zeiten die unversämtesten Preise zu verlangen. Zum Teile waren sie wohl durch ihren selbst geschaffenen Apparat dazu gezwungen; die Gegensätze haben

sich ja im Kohlenyndikat so stark entwickelt, daß mit einem Zusammenbruch seiner Politik im Moment des Ablaufes der alten Verbindlichkeiten gerechnet werden muß. Nur die immer noch nicht genügend eingeschätzte Macht des Syndikats und seiner Nebenorganisationen, wie Kohlenkontor usw., hat es zu Wege gebracht, diesen ungläublichen Terrorismus an der Allgemeinheit strikte durchzuführen.

So wurde kürzlich der Vertrag bekannt, den die Kohlenhandelsvereinigung, das Kohlenkontor des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats, mit seinen Unterabnehmern, den Kohlenhändlern abgeschlossen hat. Diese Abmachung weist klipp und klar aus, daß die Kohlenhändler, die zugleich für ihre Unterabnehmer und Kleinhändler verantwortlich festgelegt sind, in ihrem Geschäft *absolut nichts mehr zu sagen haben*. Die Preise werden allein durch die Obermacher bestimmt; Ausnahmen dürfen nicht gemacht werden. Höchstens dort, wo das Syndikat eine Konkurrenz totmachen will, bestimmt die Oberleitung, welche Ausnahmepreise den Unterabnehmern bewilligt werden dürfen. Die Abmachungen gehen sogar so weit, daß sie für die dadurch Gebundenen einen besonderen *privaten Gerichtshof* festgelegt haben, dessen Gerichtsbarkeit so weit ausgebaut ist, daß den Verurteilten vertraglich nicht einmal *das Recht einer Berufung vor einem ordentlichen Gericht* zusteht. Natürlich verstößt eine solche Abmachung wider die guten Sitten; aber das tut nichts, denn in Deutschland hat der Staatsanwalt auf ganz andere Sachen aufzupassen.

Ein ähnliches Kapitel, wo auch auf Kosten der Allgemeinheit gewirtschaftet wird, ist die Vergebung der Staatsaufträge an große Interessentenvereinigungen. So soll das *rheinisch-westfälische Kohlenyndikat* jetzt wieder die Lieferung an Kohle für die *Preussische Eisenbahnzentralverwaltung* erhalten haben, diesmal allerdings nur für 1911/12. Als Preise sollen die kürzlich festgesetzten in Betracht kommen. Bei früheren Abschlüssen ist dem Syndikat durch die Öffentlichkeit, insbesondere durch die Arbeiterpresse, in eine eigenartige Preispolitik ganz gehörig hineingeleuchtet worden. Bekanntlich vollzog es kurz vor dem Zusammenbruch der letzten Hochkonjunktur noch mit dem preussischen Eisenbahnzentralamt einen *dreijährigen Kohlenlieferungsvertrag*, in dem die damals noch mühsam gehaltenen Konjunkturpreise für alle drei Jahre festgelegt wurden. Dies geschah zu einer Zeit, als jeder halbwegs Kundige schon mit Sicherheit das kommende Sinken der Preise voraussehen konnte. Ähnlich verfuhr man bei den Kohlenlieferungsabmachungen mit dem Reichsmarineamt. Die *Hamburger Nachrichten* drohten damals als getreue Vertreter der Syndikatsinteressen, es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das *Syndikat in einem Kriegsfalle* eventuell an die Marine keine Kohlen liefere, wenn sich das Marineamt unterstehe, statt der teuren deutschen die billigere schottische Kohle zu kaufen. Jetzt befolgt das Syndikat die Methode, von seinen großen Abschlüssen mit Staatsämtern *überhaupt nichts mehr bekannt werden zu lassen*. Nicht einmal die *Rheinisch-westfälische Zeitung*, die dem Syndikat sehr nahe steht, konnte über die näheren Bedingungen der Lieferung eine Auskunft erhalten! Wenn auch behauptet wird, daß die Abmachung zu den kürzlich erst festgesetzten, in etwas erniedrigten Preisen erfolgt sei, so besagt das noch gar nichts. Wenn das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat nicht reden will, *dann muß die Regierung sprechen!* Sie muß mitteilen, zu welchen Preisen und hauptsächlich unter welchen näheren Bedingungen der Abschluß erfolgte. Vielleicht kommt da wieder ein recht interessantes Geschäft an die Öffentlichkeit. Die so eifrig gewahrte Heimlichkeit läßt wenigstens darauf schließen.

Zwischen den *süddeutschen Brauereien* und dem *Verband der Flaschenfabriken* ist es jetzt zu einer energischen Auseinandersetzung gekommen. Den Terrorismus, der in der Preisfestsetzung der Waren gegenüber dem kaufenden Publikum bei allen Unternehmensverbänden, und nicht zuletzt bei den Brauereiorganisationen, zu den Selbstverständlichkeiten gehört, haben die süddeutschen Brauereien einmal selbst fühlen müssen. Der Verband der Flaschenfabriken hat nämlich bei seinen seeben erfolgten neuen Preisfestsetzungen den Modus beibehalten, von süddeutschen Brauereien einen höheren Preis zu fordern, als von den norddeutschen. Begründet wurde dies damit, daß nach Süddeutschland die Fracht höher sei. Nun hat aber das die süddeutschen Brauereibesitzer nicht recht überzeugen können, denn auch die Flaschenfabriken, die in Süddeutschland liegen, verlangen ja den höheren Preis. Sofort sind sie wutentbrannt zusammengekommen und haben eine *Zentralstelle der süddeutschen Brauereiverbände* gegründet. Die erste Aufgabe dieser neuen Vereinigung ist die Bekämpfung und Beseitigung der erhöhten Flaschenpreise. Den Fabrikanten ist gleich mitgeteilt worden, daß man schon mit den dem Verbands nicht angehörigen belgischen, französischen und böhmischen Glashütten verhandelt habe. Wenn die Arbeiter um materielle Vorteile kämpfen, dann wollen es die Herren nicht begreifen.

Arbeitergroschen.

I.

Die Gegner der modernen Arbeiterbewegung sind über deren gewaltiges Anwachsen recht

Brief aus München.

Der Streik in der Heiligenbilderfirma Josef Müller wurde nach einer Dauer von 12 Wochen beendet. Das Resultat ist die Anerkennung unseres Tarifes und die Gewährung von — allerdings minimalen — Lohnzulagen. Mit dem Eintritt dieses Außenseiters in die Reihen der tarifreinen Firmen ist dem Schutzverband von München eine weitere Ohrfeige zuteil geworden.

Die Haltung der Streikenden war bis zur letzten Stunde musterhaft; auch nicht ein einziger Kollege ist während dieser Zeit umgefallen. Damit ist nun nicht gesagt, daß die Fabrik leer stand, wenn auch die Zahl der Rausreißer bei weitem nicht zutrifft, mit welcher der Firmeninhaber während des Kampfes die Streikenden einzuschüchtern versuchte.

Der Zweck nachfolgender Zeilen ist nun, die Gestalten gelehrter Arbeiter, die es fertig brachten, aller Solidarität zum Hohn ihren kämpfenden Kollegen die Lage zu erschweren. Revue passieren zu lassen.

Da ist ein ehemaliger Draufgänger, der Maschinendrucker Max Lipp. Wegen Beitragsresten ausgeschlossen, hat er sich vor drei Jahren zu den Gelben geschlagen und fand als solcher bei der Firma offene Türen. Bei Beginn des Konfliktes um seine Stellungnahme befragt, bot er seine Solidarität an, doch war sie etwas teuer. Die Bedingungen, die Lipp stellte, waren zwar mehr einfältig wie unerschämmt. Er verlangte außer der Aufnahme in den Verband die Wiedereinsetzung in seine alten Rechte; außerdem wollte er noch Mitglied des gelben Vereins bleiben können. Die Frage, was er dann mit seinem mehrjährigen Kontrakt mache, den er mit der Firma abgeschlossen habe, beantwortete er glatt dahin: »Der Kontrakt wird eben gebrochen«. Damit hatte er sich selbst verraten und unseren Kollegen lag nichts mehr daran, einen solchen »zuverlässigen« Streiter in ihrer Mitte zu haben.

Während des Streiks ist noch ein zweiter Maschinendrucker, namens Amtmann, eingetreten. Seine technische Qualifikation soll derart sein, daß von ihm das Gerücht geht, nur durch Rausreißerdienste existenzfähig zu sein.

In der Druckerei war ein Drucker namens Billstein berufen, den Oberdrucker durch seine Leistungen zur Verzweiflung zu bringen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.

Das größte Kontingent an Arbeitswilligen stellte die Lithographie. Stehengeblieben sind Knabe, bekannt aus der »Gr. Pr.« vom 12. Juni 1907 durch seine damalige »Arbeitswilligkeit« in Innsbruck. Auch die Kaufbeurer Kollegen könnten ihm manches im Stammbuch schreiben. Der zweite heißt Knöferl. Hinzugekommen sind Schrambke und ein Schwede namens Olsen. Letzterer konnte es mit seinem Ehrgefühl vereinbaren, einen Platz einzunehmen, der schon seit 7 Jahren von einem älteren bewährten Kollegen ausgefüllt wurde.

Die Aufzählung dieser Rausreißergarde hielten wir für zweckmäßig, denn erfahrungsgemäß sind die meisten dieser Leute Wandervogel. Sie beglücken die Kollegen allerorts und die Einprägung ihrer Namen in unser Gedächtnis dürfte in manchen Fällen von Nutzen sein, wenn wir uns gegen Nachteile schützen wollen.

Die Verwaltung der Filiale I.

Ortsberichte.

Saalfeld a. S. In unserer letzten Versammlung hielt Kolll. Faßold-Nürnberg einen hochinteressanten Vortrag über Versteinerungen. Aus Sparsamkeitsrücksichten wurde dieser Vortragsabend gemeinsam mit dem Verein für Geologie veranstaltet, der die Hälfte der Kosten übernahm. Dieses Vorgehen kann anderen mittleren und kleineren Mitgliedschaften zur Nachahmung empfohlen werden, da sie dadurch in den Stand gesetzt sind, sich tüchtige Vortragskräfte zu sichern und ihre Versammlungen anregend und belehrend zu gestalten, was ihnen aus eigener Kraft nur schwer möglich ist. Kollege Faßold hatte eine schwere Kiste von Versteinerungen, hauptsächlich aus den Solnhofener Lithographie-Steinbrüchen stammend, mitgebracht, die sowohl das Interesse der Geologen als auch unserer Kollegen weckten, da sich unter den Funden wahre Prachtexemplare befanden. Außerdem illustrierte Kollege Faßold seine fesselnden Ausführungen durch eine Reihe Lichtbilder, die den Vortrag dem Verständnis aller Anwesenden näher brachten. Wir können es nicht unterlassen, auch andere Mitgliedschaften auf den Vortrag hinzuweisen und ihnen die Veranstaltung ähnlicher Vortragsabende zu empfehlen. Ein geeignetes Lokal ist überall zu haben und Kollege Faßold, dessen Ausführungen mit lebhaftem Beifall und Dank aufgenommen wurden, richtet sich mit seinem Material überall häuslich ein.



Vom Niedergang des Lithographenberufes.

Die großartige Ausdehnung der modernen Industrie, die zugleich zur Hervorbringung von Waren

führte, die man früher nicht kannte, hat auch einen großen Einfluß auf unser Gewerbe gehabt und zwar insofern, als in der Herstellung lithographischer Produkte eine Spezialisierung, eine Arbeitsteilung eintrat. Und nur der Biegsamkeit der lithographischen Technik haben wir es zu verdanken, daß hier die Konkurrenz des Buchdrucks eine Grenze fand. Die Kräfte, die bei uns tätig sind, haben die technischen und künstlerischen Möglichkeiten der Lithographie derart erweitert, daß jede Spezialarbeit ihren eigenen Stil und Charakter erhielt.

Trotz der im allgemeinen großen Stilleinheit erfordern doch die verschiedenen Produkte eine verschiedene Behandlung. Packung, Plakat, Briefkopf, Etikett, Umschlag: jedes Produkt ist auf den Ton gestimmt, den seine Verwendbarkeit erfordert. Dieser Spezialisierung in dem Produkt folgte eine Spezialisierung des tätigen Menschen, des Lithographen. Und bei der jetzigen kapitalistischen Ausbeutungsweise bedeutet dies zugleich einen Nachteil für die Lithographen selber.

Ein Lithograph, der das Unglück hat, in einer Firma zu lernen, die ihre ganze Kraft auf ein Spezialprodukt wirft, sagen wir z. B. Packungen oder Postkarten, wird nur zu bald einsehen, daß er nur zu einer bestimmten Arbeit angelehrt wird. Sollte er sich nach der Ausleure noch einige Jahre in seiner Lehrfirma aufhalten, dann wird er gar bald in eine Lage kommen, wo ihm jede berufliche Weiterbildung unmöglich wird. Gewisse lithographische Fähigkeiten wird er nur vom Hörensagen kennen.

Ferner werden sich ältere Kollegen, die jahrelang in einer solchen Firma erstklassige Arbeiten gemacht haben, bei der allmählichen Wandlung der Firma in eine Spezialfirma der neuen Arbeit anpassen müssen. Mit ihrem alten hohen Lohn werden sie der Firma ein Dorn im Auge sein und zwar deshalb, weil sehr viele der jungen Lithographen, die einen bedeutend geringeren Lohn erhalten, dieselbe einfache Arbeit machen können.

So sehen wir, daß die Löhne dort am meisten fallen, wo Massenprodukte die Spezialität einer Firma sind. Am augenscheinlichsten tritt dies wohl in der Postkartenindustrie zutage.

Aber dennoch wäre es angesichts dieser Zustände töricht, von einem Niedergang unsres Berufes zu reden. Das Gegenteil ist der Fall.

Es ist gerade der Kapitalismus, der immer wieder für neue Arbeit sorgt. Durch das große Ausdehnungsbedürfnis der Industrie, das durch neue Erfindungen genährt wird, werden neue Waren auf den Markt geworfen, wofür Reklame gemacht werden muß. Im weiteren ist es das Sinken der Profitrate, das in den Köpfen der Unternehmer Ideen gebiert, wie der Schmälerung des Profits Einhalt zu tun sei. Besonders in der Nahrungsmittelindustrie sehen wir, daß die Unternehmer, um die Kaufkraft des Publikums anzuregen, die Nahrungsmittel (Margarine, Kaffee, Kakao, Schokolade, Nahrungsmittel, auch Seife usw.) immer wieder mit neuen Bezeichnungen versehen. Sie suchen eben durch eine Steigerung des Umsatzes ihren Profit wieder zu erhöhen. Durch was geschieht dies? Durch neue Packungen! Ähnliches wird sich in der Zigarrenindustrie einstellen. Schon glaubte man, daß die Zigarrenpackungen für uns verloren seien. Man wird aber nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß eher noch die teuren Zigarrenkisten verschwinden und an deren Stelle die billigeren Kartonumschläge-Packungen erscheinen werden.

So haben wir die eigenartige ökonomische Tatsache zu verzeichnen, daß die Senkung der Profitrate hier den Arbeitern einer einzelnen Branche, der Papierbranche, zum besonderen Vorteil gereicht.

Die Artikel, die hier im Lithographenteil über die neue Gummidruck-Rotationspresse erschienen sind, legen ferner dar, daß der Lithographie noch neue Gebiete erschlossen werden können.

Wir brauchen also absolut keine Sorge um die künftige Existenz der Lithographen zu haben. Hier heißt es nur, sich auf das Kommende einzurichten! Und den Weg, den wir zu begehen haben, hat uns schon die Lithographenkonferenz gezeigt, indem sie auf die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung der Lehrlinge hinwies. Denn dies ist der ganze Witz: je besser die Durchschnittsarbeitskraft unserer Berufsangehörigen ist, desto höher wird sie im Werte steigen. Daher sollen auch die Gehilfen mehr an sich arbeiten. Es können Verhältnisse eintreten, wo wirklich nur sehr tüchtige Kräfte verlangt werden. Und je tüchtiger wir sind, mit um so mehr Berechtigung können wir dem Unternehmertum entgegenreten und um so mehr wird sich für uns die Möglichkeit steigern, aus einer besseren Konjunktur das herauszuschlagen, was für uns dienlich ist.

Gelegenheit zur Ausbildung haben wir genug! In den Großstädten stehen uns Schulen zur Verfügung. Mit Hilfe der kommunalen Arbeitervertreter sind diese noch besser auszubauen. Im Verbands kommt die Einrichtung der Wettbewerbe auch immer mehr in Schwung; die Kollegen müssen nur fleißig Gebrauch davon machen.

Geschieht dies alles, dann sind die Aussichten für unseren Beruf gar nicht schlecht. Auf künstlerische Reklame wird immer mehr Wert gelegt. Und da die künstlerischen Reklamemittel zumeist nur auf lithographischem Wege erzeugt werden können, wird bewiesen, daß das Oerde von dem

Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von 64149 Personen, und wir meinen, daß es in den Druckereigewerben der ganzen Welt keine Organisation gibt, die dieser Gesamt-Föderation gleichkommt. Diese Tatsache allein wird wohl die Meinung beseitigen, daß wir in Großbritannien eine Anzahl kleiner zusammenhangloser Körperschaften bilden, die der Fähigkeit einheitlicher Aktion entbehren.

Der Gesamtverband unterstützt moralisch und finanziell ihm angehörende Gewerkschaften, und wenn irgend eine Sektion sich im Streik befindet, weist er es ganz entschieden zurück, den Unternehmern Hilfe zu leisten durch Ausführung von Arbeiten welche der im Kampfe stehenden Sektion zugehören. Ferner tritt der Gesamtverband einheitlich in Aktion bei Fragen der Arbeitszeit und des Lohnes. Auch verhandelt er offiziell mit dem Unternehmerverbande sowohl bei allgemeinen wie bei Sektionsbewegungen. Dieser Gesamtverband (Föderation) umfaßt alle Sektionen der Lithographie, des Buchdrucks, der Buchbinderei, der Druckereibilfsarbeiter, der Ladenangestellten, Stereotypenreue und Elektrotypenreue.

Bezüglich der dem Sekretariat angeschlossenen Lithographen-Sektionen ist zu berichten, daß wir seit dem letzten Kongreß eine Periode schlimmster Depression im Gewerbe durchgemacht haben und daß den verschiedenen Gewerkschaften daraus sehr erhebliche Kosten erwachsen. Aber wir freuen uns, konstatieren zu können, daß im letzten Jahre eine wesentliche Besserung eingetreten ist und daß im allgemeinen unsere Mitglieder in guter Arbeit stehen.

Es ist eine befriedigende Tatsache, daß während der Krisenzeit weder bezüglich der Löhne noch auch der Arbeitsdauer eine Verschlechterung eingetreten ist, und es spricht wohl für die Stärke unserer Vereinigungen, daß trotz der ungünstigsten Umstände während der Periode geschäftlicher Depression der Bestand gewahrt wurde und in einigen Fällen sich sogar gehoben hat.

Die Lithographenvereine haben 7022 Mitglieder gegen 6890 vor drei Jahren und alle fünf dieser Vereine befinden sich in sehr guten Verhältnissen. Die Stein- und Platten-Präparateure berichten von einem stetigen Steigen der Löhne und die Arbeitsstunden sind unverändert geblieben. Die Londoner Notendrucker kämpfen für die Aufrechterhaltung ihrer Arbeitsbedingungen, die im allgemeinen loyalerweise innegehalten werden; leider aber müssen wir darüber Klage führen, daß Kollegen vom Kontinent in London Arbeit annehmen zu niedrigerem Lohne und unter einem Prämiensysteme, nach welchem ein Lohnzuschlag je nach der Menge der geleisteten Arbeit erfolgt. Die Gewerkschaft kämpft um die Unterdrückung dieses Systems und bittet die Kollegen um ihre Mitwirkung und Hilfe dadurch, daß sie die Mitglieder ihrer Organisationen davon abhalten, unter den angeführten Bedingungen in Arbeit zu treten.

Die Londoner Steindrucker berichten über ruhigen aber stetigen Fortschritt. Die Beschleunigung des Ganges der Maschinen und die technischen Fortschritte in den Arbeitsmethoden stellen an die Arbeiter erhöhte Anforderungen und bewirken häufige Entlassungen von Leuten, die lange Jahre in ihrem Arbeitsverhältnis gestanden haben. Da haben dann die Organisationen für die Alterspension aufzukommen.

Die vereinigte Gewerkschaft der Steindrucker berichtet über eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich, also um 3 Stunden pro Woche in mehreren Städten, und dabei sind die Löhne um 1, 2 und 3 Prozent in die Höhe gegangen. Ein sehr wichtiges Stück Arbeit, das geleistet wurde, ist die genaue Regelung der Lehrlingsfrage. Die Lehrlinge bilden nun 23 Prozent der Gesamtzahl der Berufstätigen, was wohl in den lithographischen Gewerben ein einzig dastehendes Verhältnis ist. Noch nicht einmal 8 Prozent der Vollarbeiter dieser Gruppe befinden sich außerhalb der Organisation.

Die Gesamteinnahme in den drei Jahren 1907, 1908 und 1909 betrug 31724 Pfund und die Ausgaben desselben Zeitraumes setzen sich zusammen aus 10521 Pfund Arbeitslosenunterstützung, 3308 Pfund Reiseunterstützung, 264 Pfund Sterbegelder und 1195 Pfund Krankenunterstützung, was an Unterstützungsausgaben insgesamt 21359 Pfund für die drei Jahre ausmacht.

Die Gewerkschaft der Lithographen nimmt fortgesetzt an Mitgliedern zu und neuerdings hat sie in der Zeitungsbranche für die Chemigraphen im Distrikt von Manchester bedeutende Erfolge erzielt, und zwar einen Zuschlag von 12 1/2 Prozent über das Minimum, von 2 Pfund für die Arbeitszeit nach 6 1/2 Uhr abends, obwohl diese Zeit einen Teil der 45 stündigen Arbeitswoche bildet; außerdem wird Ueberzeitarbeit mit 25 Prozent Lohnzuschlag bezahlt.

Mehrfach wurde Mitgliedern in Prozessen wegen Kontraktbruches Rechtsschutz gewährt und jedesmal erhielt das betreffende Mitglied einen günstigen Urteilsspruch.

Im Jahre 1909 betrug die Ausgaben für Arbeitslose 751 Pfund, für Krankenunterstützung 503 und für Sterbegelder 50 Pfund.

Zum Schlusse danken wir unseren Kollegen für die freundliche Anerkennung, die sie uns zuteil werden ließen für die Auskünfte und Direktiven, die wir gaben, als wir das Sekretariat leiteten, und vorbehaltlos sprechen wir den deutschen Kollegen unsere Anerkennung aus für den freundlich-kollektionalen Geist, der in der von ihnen geleisteten Arbeit zum Ausdruck kommt. (Bulletin Nr. 12.)

Niedergänge der Lithographie nichts ist als leeres Geschwätz!
E. Schädlich.

Der Steindrucker.

Zeit für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Zur Rotationsmaschinenfrage.

Kollege R. S., B. fühlt sich bemüht, mich ganz gehörig persönlich anzufahren. Seine sachlichen Einwendungen beschränken sich nur auf einen Punkt.

Es wird versucht, zu beweisen, daß meine Anschauung von der Einschränkung der Ausbreitungsmöglichkeiten der Rotationsmaschine wegen ihrer hohen Verzinsungs- und Amortisationsquote die beste Begründung seiner Meinung wäre, eine dazukommende Lohnerhöhung würde die Furcht vor der Einführung der kostspieligen Maschine noch verstärken.

Das Aufbringen der hohen Quote an Amortisations- und Verzinsungskosten — bei einem Objekt von rund 20000 Mark beträgt sie jährlich ca. 3000 Mk. — und ebenso des gestiegenen Lohnes erfolgt nun nicht durch das angelegte Kapital selbst, sondern dadurch, daß das in der Maschine angelegte Geld in den Produktionsprozeß bestimmter Waren fortgesetzt geht. Die Leistungsfähigkeit einer Rotationsmaschine steht zur Flachdruckmaschine im Verhältnis von 5 zu 1 = 20000 Tagesauflage zu 4000. Amortisation und Verzinsung müssen also aus dem Werte der hergestellten Waren wieder herauskommen. Bei der rund fünffachen Leistungsfähigkeit wird das natürlich ohne weiteres erreicht, wenn die Maschine das ganze Jahr im Betrieb ist. Aber dies ist bei beengtem Markte sehr leicht möglicherweise nicht der Fall.

Ein um 25 Prozent erhöhter Druckerlohn — eine Annahme, die durch die Wirklichkeit sicher nach unten korrigiert würde — stellt eine Erhöhung des deutschen Maschinendrucker-Durchschnittslohnes von 30 Mk. auf 37,50 Mk. dar; dies wäre jährlich eine Summe von rund 10 Prozent der Amortisations- und Verzinsungskosten. Nach wie vor bleibt also der Arbeitslohn bei der Einrichtung einer Rotationsmaschine von recht untergeordneter Bedeutung.

Bei einer fünffach gesteigerten Leistungsfähigkeit der Maschine sehe ich also in einer Lohnforderung nach wie vor kein Anschaffungshindernis. Aber die Möglichkeit, mit der bei eingeengtem Markte gerechnet werden muß, daß die Maschine nur einen Teil des Jahres Arbeit hat und dann die hohe Amortisation und Verzinsung nicht herauskommt, ist der Hauptgrund der Ablehnung der Neuschaffung von Rotationspressen. Etwaige höhere Löhne spielen dabei die geringste Rolle, weil es bei längerem Stillstand der Maschine wohl geht, den Arbeiter zu entlassen, aber nicht möglich ist, die Amortisation zu inhibieren.

Die photomech. Fächer.

Zeit für die Interessen der Chemigrafen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Zum Ende des Lichtdruckertarifs.

Unser Leitartikel über das Ende des Lichtdruckertarifs in Nr. 46 der »Graph. Presse« wurde von einer Reihe graphischer Fachblätter, z. B. von der »Papierzeitung«, vom Druckerei-Anzeiger usw., als Grundlage für eine knappe und durchaus objektive Berichtserstattung über die Tarifverhandlungen vom 6. November benutzt. Diese einwandfreien Berichte haben aber nicht den Beifall der Unternehmer gefunden. Letztere hüteten sich jedoch wohlweislich, selbst dagegen Stellung zu nehmen, weil sie sich nicht durch grobe Verdrehungen des wirklichen Sachverhalts, die nötig gewesen wären, um die objektiven Berichte nach ihren Wünschen zu »korrigieren«, in ein gar zu ungünstiges Licht setzen wollten. Das überlassen sie lieber ändern. Und wirklich ist ihnen auch in diesem Falle ein mutiger Kämpfer entstanden. Der »unparteiische« Geschäftsführer des Tarifamts für Deutschlands Lichtdrucker Herr Dr. jur. W. Stein trat unerschrocken wie Jung-Siegfried für sie in die Schranken. Er veröffentlichte in den genannten Blättern gleichlautende Zuschriften und in der Jahrgischen »Postkarte« und im Schutzverbandsorgan ähnlich klingende Artikel, durch die er den für die Unternehmer höchst blamablen Ausgang der Tarifverhandlungen ins Gegenteil umzudrehen versucht. Die ebenfalls außerordentlich »unparteiische« Redaktion des Druckerei-Anzeigers überläßt durch ein der Zuschrift Dr. Steins angehängtes Redaktionsschwänzchen die weiteren Erörterungen in der Sache großmütig den amtlichen Organen der betreffenden Verbände, da die Leser »die Ansicht beider Parteien« kennen gelernt hätten. Tatsächlich war aber der erste Bericht des Blattes nicht von der Gehilfenpartei eingesandt worden. Das ändert freilich nichts an der schon erwähnten

Tatsache, daß er im Gegensatz zum zweiten vollständig parteiisch gefärbten Bericht durchaus objektiv war.

Diese Zuschrift Dr. Steins und die Auslassungen dieses Herrn in den anderen genannten Blättern müssen wir unbedingt an dieser Stelle etwas unter die kritische Lupe nehmen, da der »unparteiische« Geschäftsführer des Tarifamts nicht nur die Tarifverhandlungen ganz schiefe darzustellen versucht, sondern weil er sich dabei auch bewußter Unwahrheiten bedient. Denn ihm stand doch als dem Angestellten des Tarifamts das ganze einschlägige Material zur Verfügung und außerdem nahm er auch an allen Verhandlungen persönlich teil. Er mußte also wissen, das sich das, was er der Öffentlichkeit zur Ehrenrettung der Lichtdruckunternehmer unterbreitet, mit der Wahrheit ganz und gar nicht deckt. Hierfür einige Beispiele!

Herr Dr. Stein zählt unter den Forderungen, die die Gehilfen für die Tarifberatungen eingebracht haben sollen, an erster Stelle »Herabsetzung der Arbeitszeit von täglich neun Stunden auf acht Stunden« auf. Darnach hätten also die Gehilfen eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde täglich gefordert. In Wirklichkeit sieht aber die Geschichte so aus: Der bisherige Tarif sagt in § 1 Abs. 1: »Die tägliche Arbeitszeit ist eine neunständige, einschließlich einer Frühstück- und Vesperpause von je einer Viertelstunde. Bei durchgehender (englischer) Arbeitszeit ist die Dauer effektiv achtstündig.« In dem dem Tarifamt z. H. des Herrn Dr. Stein eingereichten Änderungsanträgen wird verlangt, an Stelle dieses Absatzes zu setzen: »Die effektive tägliche Arbeitszeit ist eine achtstündige.« Nun steht fest, daß ein ganz erheblicher Teil der Kollegen schon seit langem die achtstündige Arbeitszeit hat! Es ist also faktisch unrichtig, daß die Gehilfen eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde forderten, wie es der »unparteiische« Geschäftsführer des Tarifamts Dr. Stein wieder besseres Wissen darzustellen beliebt. In Wirklichkeit wurde gefordert, daß für einen großen Teil der Gehilfen in Punkto Arbeitszeit der bisherige Zustand erhalten bleibt — im Gegensatz zu den Prinzipalen, die eine Verlängerung für alle forderten —, und daß für den anderen Teil die Arbeitszeit täglich um eine halbe Stunde und in vielen Fällen sogar nur um eine Viertelstunde verkürzt werden sollte!

Ferner läßt Herr Dr. Stein die Gehilfen »Erhöhung der Bezahlung der Ueberstunden auf 33 1/2 Proz. und für Sonntagsarbeit auf 50 Proz.« fordern. Im bestehenden Tarif heißt es aber unter § 3 Abs. II: »Für die ersten zwei Ueberstunden am Tage werden 25 Proz. und für die weiteren 33 1/2 Proz. und für Sonntagsarbeit 50 Proz. Aufschlag bezahlt.« Die Gehilfen verlangten also nur für die ersten zwei Stunden eine »Erhöhung« von 25 auf 33 1/2 Proz., während es im Uebrigen beim Alten bleiben sollte. Herr Dr. Stein sucht wider besseres Wissens den Anschein zu erwecken, als habe die Bezahlung mit 33 1/2 und 50 Proz. Aufschlag noch gar nicht bestanden und als gehöre sie erst zu den »unverschämten Forderungen« der Gehilfenschaft!

Endlich phantasiert Herr Dr. Stein noch davon, daß auch eine »erhebliche Reduzierung der Lehrlingskalkulationen zugunsten der Gehilfen« gefordert worden sei. Tatsächlich ließen die Gehilfen in ihren Anträgen das Lehrlingsverhältnis von ein zu fünf Gehilfen unverändert; nur bezüglich der Lehrlingeinstellung in den einzelnen Abteilungen wurden Änderungen beantragt. Also auch hier läßt sich Dr. Stein wieder besseres Wissen eine Verschleierung des wahren Sachverhalts zuschulden kommen, als »unparteiischer« Geschäftsführer des Tarifamts der Gehilfenschaft als Tarifkontrahenten eins anzuhängen.

Der Wahrheitsheld Dr. Stein versteht es aber nicht nur, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, sondern er wirft auch anderen seine eigene Tugend vor. So schreibt er in dem im »Deutschen Steindruckgewerbe« erschienenen Artikel: »Es ist übrigens unrichtig und eine Verdrehung der Tatsachen, wenn in der letzten Nummer der »Graphischen Presse« behauptet wird, daß prinzipalseitig erklärt worden sei, mit den Lehrlingen würde bei den Kalkulationen direkt gerechnet. Es erübrigt sich hierzu überhaupt noch ein Wort zu verlieren.« Herr Dr. Stein hat ein kurzes Gedächtnis. Auch kommt er mit der Ablehnung des zitierten Unternehmeranspruchs fast um ein Jahr zu spät. Denn schon in Nr. 6 dieses Jahrgangs der »Graph. Presse« wurde dieses unvorsichtige Eingeständnis eines führenden Prinzipalvertreters bei den vorigen Tarifverhandlungen im Januar d. J. in dem Bericht über die Verlängerung des Lichtdruckertarifs gebührend registriert, ohne daß er damals von Dr. Stein oder dem in Frage kommenden Unternehmer bestritten worden wäre. Um dem vergesslichen Herrn Doktor

auf die Sprünge zu helfen, wollen wir ihm verraten, daß der Ausspruch den Vorsitzenden des Steindruckereibesetzerverbandes und den Vater des im Entstehen begriffenen Lichtdruckereibesetzerverbandes Herrn Carl Reichel zum Verfasser hat, daß er die Zustimmung einiger gleichgestimmten Prinzipalvertreter fand und daß eine ganze Reihe von Zeugen dafür antreten können, da er sofort bei den Januarverhandlungen festgeragt wurde. Also, Herr Dr. Stein: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Was Herr Dr. Stein in seinen verschiedenen Auslassungen noch vom »Vorrecht« der Gehilfen beim Stellen von Anträgen usw. schreibt, lohnt nicht der Erwiderung. Er läßt mit seinen sophistischen Spitzfindigkeiten seinen Auftraggebern nicht darüber hinweg, daß ihre Änderungsanträge eben nicht fristgemäß eingereicht worden sind. Auch schafft er mit seiner famosen Lehrlingsstatistik, in der die gewerblichen Lehrlingszähler Deckung finden durch die besseren Firmen mit wenig oder gar keinen Lehrlingen, die Tatsache nicht aus der Welt, daß zuviel Arbeitskräfte im Gewerbe vorhanden sind, wie die ständige große Arbeitslosigkeit beweist, und daß das Wirken der Lehrlingszüchter ein von krasser Selbstsucht diktiertes Verbrechen an den jungen Leuten und am ganzen Gewerbe ist. Ebensowenig gelingt es ihm, den Gehilfen die Schuld am Scheitern des Tarifs in die Schuhe zu schieben, da er trotz aller Jongleurkunststücken und trotz eines »juristischen Scharfsinns« das von uns an die Öffentlichkeit gezogene Geheimzirkular, aus dem die ungemein niedrige Einschätzung der Tarifgemeinschaft durch die tonangebenden Prinzipale zu ersehen war, nicht in die Versenkung verschwinden lassen kann.

Alles in Allem hat Dr. Stein durch seine schneidige Attacke gegen die Gehilfenschaft den Beweis erbracht, daß er sich zwar nicht zum »unparteiischen Geschäftsführer des Tarifamts«, wohl aber zum Angestellten eines Scharfmacherverbandes vorzüglich qualifiziert. Wir gönnen dem Unternehmer diese hervorragende Kraft — und wünschen dem Herrn Doktor, daß ihm die Blessuren, die er bei seinem Husarenritt davon getragen hat, bei der Zulassung zu einem neuen guten Futterplatz an der Unternehmerkrippe nicht hinderlich sein möchten, dessen Erringung jedenfalls der ganze Zweck seiner schönen aber leider verunglückten Übung war.

Unternehmermoral.

In welcher unverantwortlicher Weise arbeitslose Kollegen von rücksichtslosen Unternehmern geschädigt werden, zeigt folgender Vorfall, den wir zur Warnung für andere arbeitslose Kollegen hiermit der Öffentlichkeit übergeben.

Ein arbeitsloser Lichtdrucker in Halberstadt bekam auf eine Annonce folgende Offerte:

»Zufolge Ihres Gesuches in der letzten Nummer des »Allg. Anz. für Druckereien« bitte ich um Ihre Bewerbung unter Beifügung von reichhaltigem Mustermaterial.

Hochachtungsvoll
Magdeburger Lichtdruckanstalt
ppa. Richard Kramer
Richter.«

Der Kollege nahm in der frohen Annahme, eine Stellung in Aussicht zu haben, seine Muster und fuhr nach Magdeburg hinüber, um die Sache durch sein persönliches Erscheinen schneller zu regeln. Zu seiner Enttäuschung wurde ihm jedoch vom Inhaber der Firma gesagt, daß seine Mühe unnötig gewesen sei. Es werde kein Drucker gebraucht, man habe nur mal die Muster sehen wollen, um vielleicht später darauf zurückzukommen! Daß kein Drucker gebraucht wurde, ist schon zu glauben, denn am folgenden Sonabend wurden einige Kollegen wegen Arbeitsmangel gekündigt. Aber um vielleicht fürs nächste Jahr Drucker zu suchen, nimmt doch wohl kein anständiger Unternehmer die Muster arbeitsloser Kollegen in Anspruch, die im Augenblick sehr nötig gebraucht werden. Die neugierige Frage: »Wie geht es denn bei K. in H.?« läßt darauf schließen, daß es auf die Arbeiten einer hiesigen Konkurrenzfirma abgesehen war. Damit hatte der gute Mann allerdings kein Glück, denn der Kollege war in Halberstadt nicht beschäftigt, sondern von auswärts arbeitslos zugereist. Um sein Fahrgeld erleichtert, aber immer noch froh, seine Muster in Händen behalten zu haben, kehrte der Kollege nach Halberstadt zurück.

Das fast unglücklich erscheinende Vorgehen der Magdeburger Firma, durch das ein armer Arbeitsloser, der seine Muster zum Suchen einer neuen Stellung dringend braucht, hätte schwer geschädigt werden können, ist ein vielagendes Beispiel von der Höhe der Unternehmermoral.

Aus den Sektionen.

Essen (Ruhr.) In der am 3. Dezember abgehaltenen gutbesuchten Mitgliederversammlung kam es bei Stellungnahme zu den Vorschlägen des Bundes

